

AUSGABE 10 - OKTOBER 2016

**SO
ISSES
MONATS
ECHO**

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Dresdner Stadtrat

PERIODISCH ERSCHEINENDE MONATSSCHRIFT

Mit Beiträgen von Barbara Schmidt, Thomas Löser, Kati Bischoffberger, Christiane Filius-Jehne, Wolfgang Deppe, Tina Siebeneicher, René Münch, Johannes Lichdi, Michael Schmelich

INHALT



04 KOOPERATIONSVEREINBARUNG 2016-2019



06 KULTURPALAST UND KRAFTWERK MITTE – EINE GRÜNE ERFOLGSGESCHICHTE



08 KEIN GLYPHOSAT AUF STÄDTISCHEN FLÄCHEN

AUSGABE 10 - OKTOBER 2016

- 03 EDITORIAL
- 04 KOOPERATIONSVEREINBARUNG 2016-2019 UNTERZEICHNET
- 05 GRÜNE ECKPUNKTE FÜR EINE NEUE WOBA
- 05 STADTPLANUNGSAMT INITIIERTE SEHR GELUNGENE VERANSTALTUNG ZU GRÜNZUG AN DER GEHESTRASSE!
- 06 KULTURPALAST UND KRAFTWERK MITTE – EINE GRÜNE ERFOLGSGESCHICHTE
- 08 KEIN GLYPHOSAT AUF STÄDTISCHEN FLÄCHEN
- 09 ELIXIR - EIN „EXPERIMENTIERZENTRUM FÜR INTERKULTURELLES LEBEN IN DRESDEN“
- 10 VORGESTELLT: SEIT EINEM JAHR MITGLIED IM BEIRAT DES JOBCENTER DRESDEN
- 11 IMPRESSUM

✉ FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM STADTRAT DRESDEN
DR.-KÜLZ-RING 19
01067 DRESDEN
GRUENE-FRAKTION@DRESDEN.DE

🌐 WWW.GRUENE-FRAKTION-DRESDEN.DE

UNSERE STADTRÄTE KOMMENTIEREN

→ GRÜNE Eckpunkte für eine neue WOBA



„Die Wohnungspolitik ist zentraler Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat Dresden bekennt sich deshalb zur Notwendigkeit der

Schaffung neuen Wohnraums, insbesondere für einkommensschwache Menschen, Menschen mit körperlichen Behinderungen sowie für kinderreiche Familien.“
Weiter auf S. 5

→ Grünzug an der Gehestraße



Dresdner Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung gingen am 5. September Hand in Hand. Dies bewies die Planungswerkstatt in der Geh8 zum Grünzug an der Gehestraße, die in ihrer Ausführung

ein voller Erfolg war.
Weiter auf S. 5

→ Kulturpalast und Kraftwerk Mitte – Eine GRÜNE Erfolgsgeschichte



Als ich 2004 zum ersten Mal zur Kommunalwahl in Dresden antrat – mit dem Slogan „Kultur statt Beton“ –, sollten gerade aus finanziellen Gründen die Staatsoperette und die Dresdner

Musikfestspiele abgewickelt werden.
Weiter auf S. 6



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Sommerpause ist schon seit zwei Monaten vorbei, mit frischem Schwung haben sich Stadträtinnen und Stadträte wieder an die Arbeit gemacht. Zwei große Projekte der Dresdner Stadtpolitik befinden sich bereits auf der Zielgeraden: Der Kulturpalast und das Kraftwerk Mitte. Zeit für einen Rückblick von Christiane Filius-Jehne, wie es mit Ausdauer und Überzeugungskraft gelang beide Projekte auf den Weg zu bringen.

Auch die Kooperation zwischen den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD im Stadtrat hat nun schon einige Zeit Bestand, die Fortführung der Kooperationsvereinbarung wurde im August feierlich unterschrieben und damit eine Vielzahl an weiteren Projekten und Schwerpunkten für die Stadtratsarbeit der kommenden 3 Jahre vereinbart.

Für die Gründung einer neuen Wohnungsbaugesellschaft, die von der Kooperation bereits im ersten Teil der Vereinbarung 2014 festgeschrieben wurde, hat unsere Fraktion als erste der drei Kooperationspartner ein Grundsatzpapier mit Eckpunkten für Finanzierung, Anzahl, Ausstattung und ökologischen Standards vorgelegt, das hier im Heft vorgestellt wird.

Ebenfalls um das Thema Wohnen geht es im Text von Tina Siebeneicher zum Projekt „Elixir“. Eine Gruppe Engagierter, die in der Neustadt ein interkulturelles Wohnzentrum aufbauen möchte.

Bürger*innenbeteiligung gibt es aber auch in Pieschen: Kati Bischoffberger berichtet von der Planungswerkstatt zur Gestaltung des Grünstreifens an der Gehestraße.

Wie bereits im letzten Heft haben wir auch wieder eine Rede aus dem Stadtrat abgedruckt. Dieses mal die Rede von Dr. Wolfgang Deppe zu unserem Antrag „Kein Glyphosat auf städtischen Flächen“, die eine Mehrheit im Stadtrat überzeugen konnte.

Außerdem wollen wir eine weitere Rubrik einführen: Menschen, die sich in der kommunalpolitischen Arbeit für die GRÜNE Fraktion engagieren, stellen sich und ihre Arbeit vor. Den Anfang macht René Münch, der für die Fraktion als Mitglied im Jobcenterbeirat Dresden mitarbeitet.

Mit dem Sozialen Wohnungsbau, Bürgerbeteiligung, dem interkulturellen Austausch, Kulturförderung und Naturschutz ist in diesem Heft schon ein großes Spektrum GRÜNER Politikthemen vertreten. In der nächsten Ausgabe wird dann mit dem bis dahin hoffentlich veröffentlichten Radverkehrskonzept ein weiteres wichtiges Politikfeld im Fokus stehen. Außerdem wird es um den nächsten Doppelhaushalt gehen, der die Grundlage für die politischen Vorhaben der nächsten zwei Jahre ist.

Bis dahin viel Freude beim Lesen wünscht

Barbara Schmidt



hinten von l nach r: Richard Kaniewski (SPD), Jens Matthis (DIE LINKE), Susanne Krause, Michael Schmelich (beide BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
vorne von l nach r: Norbert Engemaier (Piraten), Christian Avenarius (SPD), André Schollbach (DIE LINKE), Christiane Filus-Jehne (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Martin Schulte-Wissermann (Piraten)

Kooperationsvereinbarung 2016-2019 unterzeichnet

von Barbara Schmidt

Nach dem Abschluss der Verhandlungen zur Fortschreibung der Kooperationsvereinbarung 2016 – 2019 Mitte dieses Jahres, fand nach der Sommerpause die feierliche Unterzeichnung durch die Vorsitzenden der drei Kooperationsfraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD und der jeweiligen Stadtverbänden sowie der beiden Vertreter der Piraten statt. Symbolträchtig im neuen Kraftwerk Mitte, dessen Entstehung als erste große gemeinsame Stadtratsentscheidung der drei Fraktionen gelten kann, lange vor einer offiziellen Kooperation.

Aufbauend auf der Kooperationsvereinbarung des Jahres 2014 soll damit die Fortsetzung der vertieften Zusammenarbeit im Dresdner Stadtrat bis 2019 verbindlich festgelegt werden. Zur Verwirklichung der gemeinsamen politischen Ziele wurden insgesamt 26 Vorhaben bzw. Projekte vereinbart. Zudem sollen die Haushalte 2017/2018 und 2019/2020 gemeinsam beschlossen werden.

Unter anderem wurde vereinbart, dass der Neubau und die Sanierungen von Schulen weiterhin höchste Priorität haben werden.

Die Kooperation bekennt sich zu dem Ausbau der Zentralhaltestelle Kesselsdorfer Straße und zur Planung und Umsetzung der Stadtbahn 2020. Der Ausbau der Radinfrastruktur soll mit 5 Millionen jährlich gefördert werden und es soll in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat und dem Beirat für Menschen mit Behinderung ein Fußwegekonzept erarbeitet werden.

Die Leipziger Vorstadt wird zu einem ökologisch und städtebaulich innovativen Quartier entwickelt, mit dem Unternehmen Globus wird nach Alternativstandorten gesucht.

Geplant sind außerdem ein Schwerpunktprogramm zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude mit besonders schlechter Energiebilanz, die Erhöhung des Anteils an erneuerbarer Energien sowie eine Naturschutzkonzeption für Dresden.

Die gesamte Kooperationsvereinbarung ist nachzulesen unter: www.gruene-fraktion-dresden.de

GRÜNE Eckpunkte für eine neue WOBA

von Thomas Löser, Michael Schmelich, Johannes Lichdi

„Die Wohnungspolitik ist zentraler Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat Dresden bekennt sich deshalb zur Notwendigkeit der Schaffung neuen Wohnraums, insbesondere für einkommensschwache Menschen, Menschen mit körperlichen Behinderungen sowie für kinderreiche Familien. Auch aus der Integration von Flüchtlingen, die dauerhaft in Dresden bleiben möchten, ergeben sich neue Herausforderungen für die Wohnungspolitik. Wir wollen mit öffentlichen Mitteln den Bau von Wohnungen fördern, die damit dauerhaft der zunehmenden Spekulation am Wohnungsmarkt entzogen werden. Auch zur langfristigen Sicherung eines ausreichenden Bestandes von Wohnungen mit Belegungsrechten muss eine städtische Wohnungsbau-gesellschaft neuen Wohnraum schaffen. Die Größenordnung der Aufgabe verlangt eine vorausschauende und solide Finanzierung. Dazu gehört eine ausreichende Eigenkapitalausstattung, die Inanspruchnahme von Fördermitteln und eine langfristige Sicherung günstiger Darlehen.“

So beginnt der Grundsatzbeschluss, den Fraktion und Mitgliederversammlung im August zum Sozialen Wohnungsbau verabschiedet haben. Die Grünen haben damit als erste der drei Parteien der Rathaus-Kooperation konkrete und detaillierte Vorstellungen für eine neue WOBA in Dresden vorgelegt.

Kernstück des Positionspapiers sind Vorschläge für eine seriöse und langfristige Finanzierung des notwendigen Wohnungsbaus. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen das ambitionierte Vorhaben, nach dem Verkauf der WOBA 2006 wieder einen Bestand kommunaler Wohnungen aufzubauen, auf drei Finanzierungssäulen: ausreichend Eigenkapital (bis zu 20% des Bauvolumens), öffentliche Fördermittel und hypotheckengetragene Kredite. Bei einem angestrebten Bauvolumen von bis zu 8.000 Wohnungen bis 2025 sind dazu Gesamtmittel von bis zu einer Milliarde Euro erforderlich. Dabei bekennen sich Partei und Fraktion ganz klar zum Neuverschuldungsgebot der Stadt Dresden. Aber auch zu Anzahl, Ausstattung und ökologischen Standards der Wohnungen werden Vorschläge gemacht. Das vollständige Papier ist nachzulesen auf www.gruene-fraktion-dresden.de.

Um den soziale Wohnungsbau in Dresden schnell auf den Weg zu bringen, wurde die Stesad als Tochterunternehmen der Stadt im Mai vom Stadtrat mit der Planung von 800 Wohnungen beauftragt, die dann später in den Bestand der neuen Woba übergehen sollen. In der Stadtratssitzung vom 08. September informierte die Sozialbürgermeisterin nun, dass die Planungen auf Grundstücken am Nickerner Weg, der Fröbelstraße und der Ulmenstraße bereits so weit fortgeschritten sind, dass noch in diesem Jahr Baugenehmigungen beantragt werden können. Das ist ein wichtiger erster Schritt, dem aber schnell weitere folgen müssen.

Stadtplanungsamt initiierte sehr gelungene Veranstaltung zu Grünzug an der Gehestraße!

von Kati Bischoffberger

Dresdner Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung gingen am 5. September Hand in Hand. Dies bewies die Planungswerkstatt in der Geh8 zum Grünzug an der Gehestraße, die in ihrer Ausführung ein voller Erfolg war. Das Besondere an der Werkstatt war, dass sich die Anwesenden mit ihren Beiträgen und Wünschen ernst genommen fühlten. Das kreative Beteiligungsformat ermöglichte eine Begegnung auf Augenhöhe mit den Mitarbeitenden der Planungsbüros und der Stadtverwaltung.

So moderierte das Planungsbüro sensibel die Werkstatt. War am Anfang noch das unsichere Gefühl bei den Anwesenden da, ob es denn wirklich sein kann, dass ihre Meinung gefragt sei, war am Ende jedem klar, dass das Planungsbüro ehrlich an der Meinung der Bürger*innen interessiert war. Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen wurden abschließend vorgestellt. Die kritische Betrachtung sowie Vertiefung einzelner Aspekte kamen hierbei nicht zu kurz.

Erfreulich und überzeugend waren die Ergebnisse: So wünscht man sich keinen Kahlschlag, sondern den Erhalt von vielen authentischen Details, wie z. B. Sandsteinmauern und Natursteinpflaster.

Mir haben besonders die Vorschläge gefallen, die den Bürger auch längerfristig als Akteur auf der Fläche sehen. Zu verweisen sei hier nur auf einen gemeinschaftlich genutzten Bürgergarten, Sportgeräte als Bewegungsangebote, Obstbäume für alle, Feuerplatz oder Grillstelle und eine „Geschenke-Ecke“.

Mit diesen Vorschlägen sehe ich die Chance, dass Dresdner Bürger*innen immer mehr die Stadt als „ihre“ Stadt begreifen und beginnen, eigenverantwortlich den Stadtraum zu nutzen und nach ihren Ideen zu gestalten.

Ich möchte mit einem Zitat von Greogor Scholtyssek das aktive Einbringen von Dresdens bürgerschaftlichen Stadtgärtnern würdigen und mich ganz herzlich u. a. bei den Akteuren des Gartennetzwerkes Dresden bedanken!

„Damit unsere Stadt nachhaltiger werden kann, muss sie nicht nur grüner, sondern auch selbstorganisierter werden.“

nachzulesen unter: <http://www.dresden-pflanzbar.de/2016/09/planungswerkstatt-fuer-einen-gruenzug-an-der-gehestrasse/>

Kulturpalast und Kraftwerk Mitte – Eine GRÜNE Erfolgsgeschichte

von Christiane Filius-Jehne

Many, many years ago ...

Als ich 2004 zum ersten Mal zur Kommunalwahl in Dresden antrat – mit dem Slogan „Kultur statt Beton“ –, sollten gerade aus finanziellen Gründen die Staatsoperette und die Dresdner Musikfestspiele abgewickelt werden. Ja, die Stadtkasse war damals klamm, aber man setzte eben auch auf ganz andere Prioritäten. Um so mehr ist es Anlass zur Freude, wenn es uns damals nicht nur gemeinsam mit anderen gelungen ist, derartige Kulturkürzungen zu verhindern, sondern wir Ende 2016/Anfang 2017 mit der Eröffnung des Kraftwerks Mitte und des umgebauten Kulturpalastes die erfolgreiche Umsetzung einer GRÜNEN Doppelpack-Strategie feiern können. Denn wir waren die politische Kraft, die durchgängig dafür gesorgt hat, dass beide Kulturprojekte umgesetzt werden. Tatsächlich bekommt die Stadt nun Kraftwerk wie Kulturpalast – und dies auch noch innerhalb der geplanten Zeit und des geplanten Etats. Wenn das kein Erfolg ist!



Hier aber noch mal die Geschichte:

Teil eins: Kulturpalast:

Seit dem 21. 04. 1994 (!) gab es einen (meines Wissens nach EINSTIMMIGEN) Stadtratsbeschluss folgenden Inhalts: »Für die Dresdner Philharmonie als europäisches Spitzenorchester ist der Festsaal des Kulturpalastes in seinem derzeitigen Zustand als Konzertsaal auf Dauer unzulänglich. Dresden benötigt einen Konzertsaal für die Philharmonie für 1800 bis 2000 Besucher ...«, weshalb 1998 (!) dem Büro Schölzel/Kämmler der Planungsauftrag erteilt wurde, im Kulturpalast einen Konzertsaal mit erstrangigen akustischen Eigenschaften zu schaffen. Die Entwurfsplanung lag der Stadtverwaltung seit 2001 vor. Statt diese umzusetzen, wurde jedoch zwischendurch sowohl über den Abriss wie über ein privates Einkaufszentrum mit darin verstecktem Konzertsaal diskutiert. Diese Pläne wurden mit, wenn ich mich recht erinnere, einer Stimme Mehrheit im Stadtrat abgeschmettert und 2004 der umsetzungsfertige Schölzel-Entwurf im Stadtrat wieder diskutiert. Aufgrund der leeren Stadtkasse schlug der Finanzbürgermeister dem Stadtrat jedoch stattdessen die „schrittweise Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen des bestehenden Gebäudes und eine punktuelle Verbesserung der akustischen Unzulänglichkeiten des bestehenden Mehrzwecksaales“ vor, zog jedoch die von ihm eingebrachte Vorlage wieder zurück, nachdem er die Erkenntnis gewonnen hatte, die für die Sanierung kalkulierten Kosten seien viel zu niedrig angesetzt. Das Nichts-Tun am Kulturpalast führte schließlich dazu, dass aus Brandschutzgründen ab dem 7. März 2007 das Haus für fünf Monate geschlossen wurde. Mittlerweile war die Idee entstanden, die Städtischen Bibliotheken mit in den Kulturpalast zu holen, und 2008 wurde dann dem Stadtrat die Vorlage »Instandsetzung, Modernisierung und Umbau des Kulturpalastes« vorgelegt und mit breiter Mehrheit im Stadtrat beschlossen.

2009 führte die Landeshauptstadt hierzu einen europaweiten Architektenwettbewerb durch, und die Jury wählte den Entwurf des Berliner Büros gmp Architekten von Gerkan, Marg und Partner einstimmig als ersten Preis aus.

Die Befürworter der reinen Instandsetzung des Kulturpalastes vertrösteten die Freunde klassischer und hochklassiger Musik damals gern auf ein eigenes Konzerthaus. Aber die finanziellen Kosten waren von der Stadt nicht zu stemmen, auch nicht als Rückfinanzierung eines Investorenmodells. Alle Ideen, bis hin zur von einem großen Sponsor finanzierten Replik eines bestehenden hochkarätigen Konzerthausbaus in China auf Dresdner Boden, haben sich am Ende jedenfalls zerschlagen. Und so war der Umbau tatsächlich die einzige Chance, den Stadtratsbeschluss von 1994 endlich umzusetzen!!! Und er brachte durch die Bibliothek auch tagsüber ordentlich Leben ins Haus.

Bei den Fördermitteln hat Herr Vorjohann den Stadtrat allerdings hinters Licht geführt, weshalb wir am Ende die KID gründen und Gelder der beiden städtischen Stiftungen einlegen mussten. Diese fahren, was damals gar nicht absehbar war, aufgrund des damals festgeschriebenen Zinsniveaus allerdings mittlerweile ziemlich gut dabei.

Immer wieder wurde von Kritikern gesagt, die Kosten beim Umbau würden explodieren. Um diese und auch weitere Fragen endgültig zu klären, wurde auf Antrag der Grünen vom Stadtrat 2012 eine öffentliche Anhörung zu den Realisierungsoptionen des Kulturpalastumbaus beschlossen. Wichtigstes Ergebnis war, dass der berechnete Kostenrahmen als realistisch angesehen wurde (was sich mittlerweile ja auch bestätigt hat!) und dass die Problematik Untergrund Betonwanne und Hochwasserfall im positiven Sinne geklärt und die Statik für den Einbau der Lasten Bibliothek, Saal, Theater im Keller bestätigt werden konnte. Durch einen weiteren GRÜNEN Antrag 2015 wurde auch noch das Thema Gastronomie geklärt, was als „Zusatzschmankerl“ nun sogar dazu führt, dass auch das Zentrum für Baukultur mit einziehen kann. Feierliche Eröffnung des Kulturpalastes wird jedenfalls im April sein!

Teil 2: Kraftwerk Mitte

Es war BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, die nie locker gelassen haben beim Thema „Operette ins Zentrum!“ Es waren wiederum wir Bündnisgrünen, die sich bei der Standortabwägung früh und eindeutig zum Heizkraftwerk Mitte bekannt haben, nicht zuletzt weil dort buchstäblich auch Raum für das Theater Junge Generation (TJG) war. Während es für die Operette eine (zusammen mit der Einrichtung ausgearbeitete) intensive Planung und damit einen entsprechenden Vorlauf gab, wurde das TJG lange Zeit von der Verwaltung sehr stiefmütterlich behandelt. Und bis zum endgültigen Beschluss des Kraftwerks als Standort beider Theater gab es immer wieder Störfeuer, die gern auch daraufhin zielten, dass das TJG rausgewesen wäre.

Die Häuser von Operette und TJG mussten beide dringend saniert werden, wobei daran erinnert werden darf, dass das Haus in Leuben nie ein Theater (sondern ein ehemaliger Gasthof) und der Standort auch nicht entwicklungsfähig war, weshalb von allen Operettenplänen die Ertüchtigung in Leuben (mal von der damaligen PDS,

später auch von der FDP aufs Tapet gebracht) ja immer die unsinnigste war. Also machen wir den Laden doch einfach zu, oder? Ansätze gab es dazu immer wieder. Aber zum Glück hatten die Mitarbeiter der Staatsoperette ja frühzeitig durch Lohnverzicht in den Spartopf des Unternehmens „Operette ins Zentrum“ eingezahlt. Da hätten wir dann erst mal gar nichts sparen, sondern hätten zurückzahlen müssen! Und Fakt war darüber hinaus, dass die Genehmigung der Grundwasserhaltung am Wiener Platz im Dezember 2006 auslief und die Baugrube die Stadt jeden Tag mehr kostete. Dubiose Privatisierungsmodelle für die Operette wurden durchgespielt und Kooperationsmodelle mit dem Schauspielhaus, die das Ende der Staatsoperette als Ensemble- und Repertoiretheater bedeuteten hätten.

Gleichzeitig musste auch das TJG dringend saniert werden. Und wenn dies ordentlich und mit allem drum und dran in Cotta passiert wäre, hätte es nicht weniger gekostet als am Wettiner Platz. Aber manch einer dachte damals noch ganz offenkundig: Ha – das Schauspielhaus macht doch so schönes Jugendtheater, da brauchen wir doch nicht noch ein eigenständiges Haus für dieses Genre, oder?

Die Idee, beide Häuser ins Kraftwerk Mitte zu holen, schlug dann gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe, und dank eines legendären Stadtratsbeschlusses mit gemeinsamer Antragseinbringung von Linken, Grünen, SPD und Bürgerfraktion (hier mein ausdrücklicher Dank an Jan Kaboth) und einer Stimme Mehrheit wurde endgültig der Weg in Richtung Kraftwerk eingeschlagen. In einem weiteren Beschluss wurde für die spektakuläre Bauaufgabe dann auf einen Wettbewerb hin das Hamburger Architekturbüro pfp unter Leitung von Professor Jörg Friedrich zur Realisierung durch den Generalübernehmer Ed. Züblin AG empfohlen. Auch hier liegt alles im Budget- und Zeitplan – eine Erfolgsgeschichte rundum, die es ohne die GRÜNEN so nicht gegeben hätte. Lassen wir also die Sektkorken knallen – gern ebenfalls im Doppelpack!





Kein Glyphosat auf städtischen Flächen

von Wolfgang Deppe

Die Rede von Wolfgang Deppe zum Antrag "Kein Einsatz des krebserregenden Herbizidwirkstoffs Glyphosat auf Flächen der Landeshauptstadt Dresden" in der Stadtratssitzung vom 18.08.2016. Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Glyphosat war in diesem Jahr in aller Munde. In Europa wurde heftig darüber gestritten, ob dieses Unkrautvernichtungsmittel in der EU noch länger eine Zulassung erhalten soll, nachdem die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation zu dem Schluss gekommen war, dass diese Substanz „wahrscheinlich krebserregend“ beim Menschen sei. Ich nehme an, Sie kennen

die Diskussion. Andere Gremien und Institutionen kamen zwischenzeitlich zu anderen Schlüssen, und so blieb die Frage offen, und die EU-Kommission verlängerte die Zulassung vorläufig für 18 Monate mit der Maßgabe, in dieser Zeit die Beurteilungsgrundlage zu verbessern.

Warum dann jetzt dieser Antrag? Warum nicht abwarten, bis weisere Gremien als dieser Stadtrat zu einem genaueren Ergebnis gekommen sind? Die Antwort lautet: Risikominimierung und Vorsorgeprinzip. Wir können in Deutschland und Europa stolz darauf sein, einen vorbeugenden Gesundheitsschutz zu betreiben. Das bedeutet, eine potenziell gefährliche Substanz ist nicht erst dann zu verbieten und aus dem Verkehr zu ziehen, wenn ihre Gefährlichkeit bewiesen ist, sondern umgekehrt: Solange Zweifel an ihrer Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit bestehen, darf sie nicht angewendet werden. Und genau das ist hier der Fall. Und das ist auch der Grund dafür, dass wir als Stadtrat zum vorbeugenden Schutz der Dresdner Bürgerinnen und Bürger aufgefordert sind, wenn schon auf der hohen europäischen Ebene aus politischen Gründen keine Einigung erzielt werden kann. Daher dieser Antrag.

Wir folgen damit dem Beispiel vieler deutscher Bundesländer, Sachsen ist leider nicht dabei.

Nun wurde uns von einigen Kollegen entgegen gehalten, dass Glyphosat doch von den Ämtern der Landeshauptstadt Dresden gar nicht mehr angewendet werde und dass es in anderen Bereichen bisher unersetzbar sei. Dies ist nachweislich falsch. Zur Anwendung durch Grünflächenamt und Regiebetriebe gab es in der Vergangenheit recht unterschiedliche und z.T. widersprüchliche Auskünfte. Wir können aber aufgrund von Auskünften der Verwaltung davon ausgehen, dass Glyphosat bis in jüngste Zeit z.B. auf Sport- und Verkehrsflächen verwendet wurde. Umso mehr freut es uns, dass die grüne Umweltbürgermeisterin nun bereits vor Verabschiedung dieses Antrags den Verzicht der Stadt auf den Einsatz von Glyphosat im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Stadtgrün, das ja insbesondere für Spielplätze und Parkanlagen zuständig ist, und für den Eigenbetrieb Friedhöfe erklärt hat. Dies ist sicherlich auch dem Druck zu verdanken, den dieser Antrag vorab entfaltet hat.

Doch damit darf es nicht genug sein. Es müssen jetzt auch die anderen Eigenbetriebe der Stadt, z.B. im Sportstättenbereich, darauf verpflichtet werden, genauso wie alle privaten Unternehmen, die von der Stadt beauftragt werden. Dafür sorgt unser Antrag. Ferner erwarten wir von der Stadt, dass Sie über ihre Aufsichtsratsvertreter zügig die städtischen Unternehmen, insbesondere die Verkehrsbetriebe, DREWAG und Stesad, zu einem Verzicht auf den Einsatz von Glyphosat verpflichtet. Nur so kann Dresden Glyphosat-frei werden.

Wir haben uns in den Ausschüssen über die Unterstützung unseres Antrags durch die Fraktionen DIE LINKE und SPD gefreut. Wir haben uns nach anfänglicher Polemik auch über die Enthaltung der Kolleginnen und Kollegen von der CDU gefreut. Ein starkes Zeichen seitens der CDU-Fraktion wäre es nun, wenn Sie in der Logik und entsprechend den Forderungen des auf Ihre Initiative hin in der vorletzten Stadtratssitzung beschlossenen Bienen-Antrags jetzt mit uns für den Glyphosat-Verzicht in Dresden stimmen würden.

Meine Frau und ich haben unseren diesjährigen Sommerurlaub in Schweden verlebt. Zum Schluss waren wir in der Universitätsstadt Lund in Südschweden. Dort wurde gerade der 10-jährige Jahrestag des stadtweiten kompletten Verzichts auf den Einsatz von Herbiziden und Pestiziden gefeiert. Was haben wir dort gesehen? Eine unansehnliche Stadt mit verwahrlosten Grünflächen, Spielplätzen und Bushaltestellen? Nein, wir haben eine sehr gepflegte Stadt gesehen mit wunderschönen Parks, grün gestalteten öffentlichen Plätzen, üppigen Blumenrabatten und einem herrlichen Botanischen Garten, wie ich ihn als Biologe (der einige Botanische Gärten kennt), so schön bisher nur selten erlebt habe. Sie sehen, es geht. Tun wir es Lund nach. Wir haben nichts zu verlieren und viel zu gewinnen für ein noch lebenswerteres Dresden.

Vielen Dank!

Elixir - Ein „Experimentierzentrum für interkulturelles Leben in Dresden“

von Tina Siebeneicher

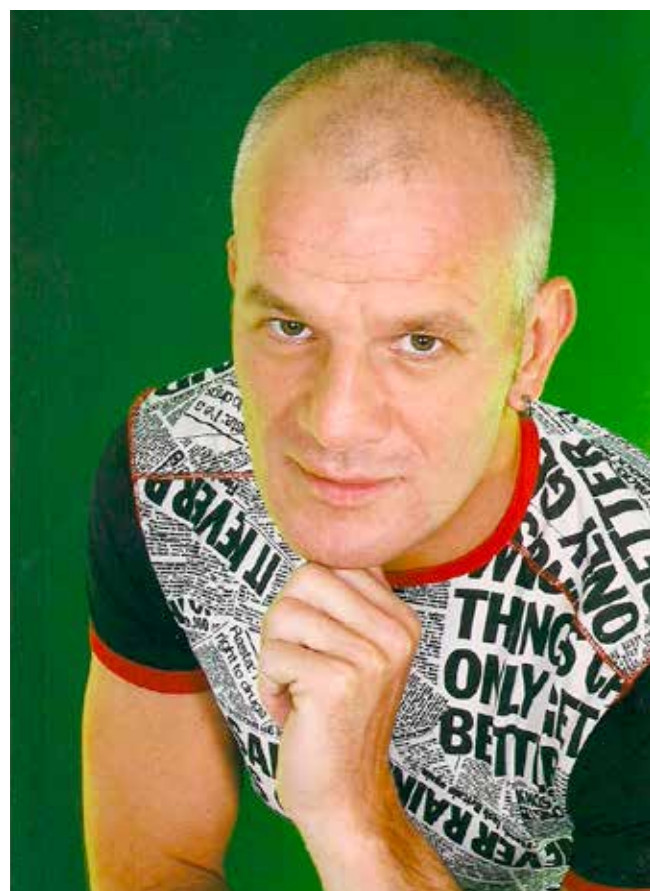
Ein „Experimentierzentrum für interkulturelles Leben in Dresden“ möchte der Verein Elixir auf der Königsbrücker Straße 117/19 schaffen. Eine spannende Vision, die wir als Fraktion begrüßen und unterstützen.

Die Initiative möchte ein interkulturelles Wohn- und Begegnungsprojekt schaffen, bei dem Geflüchtete, Dresdnerinnen und Dresdner mit und ohne Migrationshintergrund zusammenkommen, gemeinsam leben, lernen und arbeiten können. Dafür wollen sie das denkmalgeschützte Gebäude sanieren und sozialen Wohnraum auf dem Grundstück schaffen.

Der Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU) möchte das Grundstück stattdessen meistbietend verkaufen und hat dazu Anfang September eine Verkaufsvorlage in den Stadtrat eingebracht, die derzeit in den Ausschüssen beraten wird. Das widerspricht dem Antrag, den die Fraktionen von GRÜNEN und Linken im August eingereicht haben. Wir wollen erreichen, dass das städtische Grundstück nicht einfach meistbietend verkauft wird, sondern für städtische Interessen erhalten bleibt. Wir fordern eine Konzeptausschreibung. Bestandteil der Ausschreibung soll ein selbsttragendes Finanzmodell sein, sodass keine dauerhaften Zuschüsse aus dem Haushalt der Landeshauptstadt notwendig sind. Das Grundstück soll in Zukunft Wohnraum für Geflüchtete und Dresdner Bürger*innen sowie ein interkulturelles Zentrum für Begegnungen, Kultur und Lernen bieten.

Das Projekt „Elixir“ könnte auch Impulse für die Dresdner Stadtgesellschaft geben, wie künftig das Miteinander von Einheimischen und Neudresdner*innen gestaltet werden kann.





Vorgestellt: Seit einem Jahr Mitglied im Beirat des Jobcenter Dresden

von René Münch

Meine erste Sitzung des Beirats war am 08. Juli 2015, vor mir lag ein Packen Papier mit gut gestalteten Statistiken vom Bestand der Widersprüche bis hin zu Konzepten zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, also das volle Spektrum. Was mich als erstes bei den Statistiken verwunderte, war die Tatsache, dass Dresden, wenn man es genauer betrachtet, ganz gut dasteht ohne ALG II Aufstocker. Das hieß für mich, dass es in Dresden keinen Niedriglohnsektor gibt. Das klingt wie eine Erfolgsstory, was es leider nicht ist, wenn man an der richtigen Stelle nachfragt.

Wie viele ALG II Aufstocker hat denn nun Dresden? Diese Frage hat mich seit der ersten Beiratssitzung interessiert, eine aussagekräftige Antwort steht noch aus, zumal es sich bei Aufstockern auch um ALG II Empfänger handelt. Sie sollten in der Statistik ALG II Empfänger mit aufgelistet werden. Man kann das Thema Aufstocker noch ausbauen, gerade beim Bereich Mindestlohn. Wenn ein Mindestlohnempfänger 30 Stunden die Woche arbeitet, muss auch dieser mit ALG II aufstocken. Sehr oft kommt dies im Pflege- und Dienstleistungsbereich vor. Dieser Personenkreis empfängt dann auch ALG II und muss in der Statistik ALG II Empfänger mit auftauchen.

Die Abteilung Reha-Behinderte in der Agentur für Arbeit betreut Menschen mit Behinderteneigenschaften, und zwar so lange, bis dem Betroffenen eine Rente bzw. Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben gemäß § 33 SGB IX bewilligt wird. Da ich die Situation kannte, habe ich in einer Sitzung nachgefragt, ob ein Betroffener auch weiß, dass ihm zum Beispiel Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben zustehen. Ein Betroffener bekommt keine Informationen, dass zum Beispiel die Berufsgenossenschaft SGB VII nach einem Arbeitsunfall tätig werden müsste bzw. die DRV- Mitteldeutschland bei Menschen mit Schwerbehinderteneigenschaften. Hier müssen in der Agentur für Arbeit Dokumentationen ausliegen, die genau beschreiben, an welche Stellen ich mich als Betroffener hinwenden kann. Ansonsten landet ein Betroffener, der nicht an solche Informationen kommt, in der Langzeit-Arbeitslosigkeit und wird, weil er/sie nicht vermittelbar ist, auch nicht in einer Statistik geführt, wie zum Beispiel Empfänger ALG II.

Bei der letzten Beiratssitzung vom 15.06.2016 wurde Flucht und Asyl des Jobcenter Dresden thematisiert. Schwerpunkt war die Integration von Geflüchteten auf dem Arbeitsmarkt, wenn ein Bleiberecht beschieden wurde. In dieser Sitzung hatte ich nachgefragt: Wie viele Flüchtlinge gibt es mit Behinderteneigenschaften in Dresden und ist den Flüchtlingen bekannt, dass es in Dresden eine Behörde gibt, die für Menschen mit Behinderteneigenschaften zuständig ist? Zu dieser Sitzung war auch die Behindertenbeauftragte der Stadt Dresden anwesend. Auf meine Frage konnte keiner eine Antwort geben. Hier ist es wichtig dran zu bleiben, um auch Flüchtlingen mit Behinderteneigenschaften eine Perspektive zu geben.

Gerade traumatisierte Menschen müssen sich mit psychosomatischen Themen auseinandersetzen können und lernen damit umzugehen. Ein Knackpunkt ist noch die Integration auf dem Wohnungsmarkt, wenn ein Bleiberecht beschieden wurde. Es kam vor, dass Flüchtlinge mit Bleiberecht eine Unterkunft bezogen haben, doch die Leistungen vom Jobcenter erst zwei Monate später erbracht wurden und laufende Kosten wie Miete ect. nicht beglichen werden konnten.

An dieser Schwachstelle muss noch gearbeitet werden, damit dies in Zukunft reibungslos funktioniert. Für mich ist die Arbeit im Beirat des Jobcenter Dresden interessant, man kann Themen einbringen und kritisch betrachten. Einen Kritikpunkt habe ich zum Schluss, die Teilnahme der Mitglieder hatte bei drei Sitzungen gelitten, sodass eine Abstimmung nicht möglich war, das sollte bei sozialen Themen nicht zur Gewohnheit werden.



Christiane Filius-Jehne
Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Kultur und Tourismus

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Loschwitz

filius-jehne@gruene-fraktion-dd.de



Thomas Löser
Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Stadtentwicklung und Bau

Ansprechpartner für alle Angelegenheiten im Ortsamt Altstadt

loeser@gruene-fraktion-dd.de



Kati Bischoffberger
Sprecherin für Petitionsangelegenheiten

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Pieschen

bischoffberger@gruene-fraktion-dd.de



Ulrike Caspary
Sprecherin für Bildung und Gleichstellung

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Klotzsche

caspary@gruene-fraktion-dd.de



Dr. Wolfgang Deppe
Sprecher für Umwelt und Klima

deppe@gruene-fraktion-dd.de



Kerstin Harzendorf
Sprecherin für Allgemeine Verwaltung, Bürgerbeteiligung und Transparenz

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Leuben und Ortsamt Blasewitz

harzendorf@gruene-fraktion-dd.de



Ulrike Hinz
Sprecherin für Gesundheit und verantwortlich für die Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Bildenden Kunst

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Prohlis

hinz@gruene-fraktion-dd.de



Johannes Lichdi
Sprecher für Verkehr, Energie, Naturschutz

lichdi@gruene-fraktion-dd.de



Michael Schmelich
Sprecher für Finanzen und Soziales

Ansprechpartner für alle Angelegenheiten im Ortsamt Plauen

schmelich@gruene-fraktion-dd.de



Torsten Schulze
Sprecher für Wirtschaft und Sport

Ansprechpartner für alle Angelegenheiten im Ortsamt Neustadt

schulze@gruene-fraktion-dd.de



Tina Siebeneicher
Sprecherin für Asyl, Migration und Jugend

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Cotta

siebeneicher@gruene-fraktion-dd.de

Impressum
Herausgeber:
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Dresden
Dr.-Külz-Ring 19 | 01067 Dresden
Telefon: 0351 488 2699 | E-Mail: gruene-fraktion@dresden.de
www.gruene-fraktion-dresden.de
Redaktion: Barbara Schmidt
Fotos: David Brandt, Barbara Schmidt, Carsten Enders
Gestalterische Umsetzung: grafikladen.com

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Dresdner Stadtrat

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Dresden | Dr.-Külz-Ring 19 | 01067 Dresden
gruene-fraktion@dresden.de | www.gruene-fraktion-dresden.de
www.facebook.com/Bündnis-90Die-Grünen-Stadtratsfraktion-Dresden-211809578866910
twitter.com/gruene_stadtrat